

► Allgemeines

Kampagne „Geben gibt“. Im März dieses Jahres startet die Kampagne „Geben gibt“, deren Ziel es ist, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen aller Generationen für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Initiatoren sind unter Federführung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen die Dachverbände der gemeinnützigen Organisationen in Zusammenarbeit mit bundesweiten Netzwerken und Partnern des Dritten Sektors, darunter auch das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI). Die Kampagne möchte dem bürgerschaftlichen Engagement zu mehr Bekanntheit und einer besseren Anerkennungskultur verhelfen. Es gelte, Wissenslücken zu schließen, Vorurteile abzubauen, einen Überblick über verschiedene Tätigkeitsfelder zu schaffen und weitere Anreize zu stiften. Wichtig sei zudem die Entwicklung zeitgemäßer Engagementformen. Um mit ihrer Botschaft die Mitte der Gesellschaft zu erreichen, benötigt die Kampagne neben starken Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft und Medien auch Unterstützung vonseiten lokaler Akteure. *Quelle: Im Gespräch. Impulse für die Bürgergesellschaft 1.2009*

Hartz IV trotz Arbeit. In einer kürzlich veröffentlichten Studie stellte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fest, dass rund 1,35 Mio. Erwerbstätige ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen. Nur selten jedoch lasse sich die Bedürftigkeit auf zu niedrige Arbeitslöhne zurückführen. Laut IAB liegen diese im Zuverdienstbereich bei durchschnittlich sechs bis sieben Euro pro Stunde. Ausschlaggebend sei die geringe Arbeitszeit. Über die Hälfte der berufstätigen Bedarfsgruppe arbeite weniger als 15 Stunden die Woche, nur 20 % mehr als 35 Stunden. Einer Ausweitung der Arbeitszeit stünden meist gesundheitliche Probleme, eine fehlende Berufsausbildung oder mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten entgegen. Von nachrangiger Bedeutung sei die Größe der Haushalte, nur bei jeder vierten Bedarfsgemeinschaft handle es sich um einen Haushalt mit zwei oder mehr Kindern unter 25 Jahren. Die Arbeitsmotivation sei hoch. So erklärten 60 % der „aufstocckenden“ Befragten, sie würden auch dann gern arbeiten, wenn sie auf den Lohn nicht angewiesen wären. Um eine stärkere Partizipation der erwerbstätigen und der erwerbslosen Arbeitslosengeld-II-Empfänger am Arbeitsleben zu erreichen, bedarf es nach Auffassung des IAB weiterer Anstrengungen vonseiten der Politik. *Quelle: Presseinformation des IAB vom Januar 2009*

Erfolgreiches Engagement für die Gesellschaft. Ergebnisse einer explorativen Studie bei sozialen Investoren. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Selbstverlag. Gütersloh, 27 S., kostenlos *DZI-D-9763*
Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und der Organisation New Philanthropy Capital, London, und WISE Wealthy Individuals – Social Entrepreneurs, Genf, hat das Beratungsunternehmen Scorpio Partnership von März bis Mai des

Jahres 2007 die Erfahrungen wohlhabender Spenderinnen und Spender in Großbritannien, der Schweiz und Deutschland untersucht. Die Studie basiert auf Interviews mit 34 hochvermögenden Privatpersonen und Vertretenden von Family-Offices. Mit dem Ziel der Entwicklung besserer Unterstützungsstrukturen sollten vor allem die Faktoren, die eine Bereitschaft zum Engagement fördern sowie der Bedarf an Information und Orientierung erfasst werden. Die Publikation dokumentiert in komprimierter Form die wichtigsten Erkenntnisse. Bestelladresse: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Tel. 05241/81-0, Fax: 05241/81-819 99, E-Mail: info@bertelsmann-stiftung.de, Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Neue Wohlfahrtsmarken. Naturschauspiele wie Regenbogen, Sonnenuntergang, Nordlicht und Blitz sind die Motive der Wohlfahrtsmarken für das Jahr 2009. Der Zuschlag, der bei jeder Marke gezahlt wird, fließt in soziale Projekte des Deutschen Caritasverbandes und hilft damit Menschen in Notsituationen. Wohlfahrtsmarken gibt es schon seit 60 Jahren. Über vier Mrd. von ihnen wurden inzwischen mit einem Zuschlagerlös von insgesamt 590 Mio. Euro verkauft. Erhältlich sind die neuen Foto-Briefmarken in jeder Postdienststelle oder im Internet unter www.caritas-wohlfahrtsmarken.de *Quelle: Mitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom Januar 2009*

► Soziales

Unterstützte Beschäftigung. Um Menschen mit Behinderung besser in das Arbeitsleben integrieren zu können, wurde Anfang dieses Jahres die neue Förderleistung der Unterstützten Beschäftigung eingeführt. Ziel ist es, eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch individuelle Qualifizierung direkt am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Bei Bedarf werden darüber hinaus auch berufsbegleitende Maßnahmen angeboten. Das neue Förderinstrument richtet sich an Beschäftigte in Behindertenwerkstätten und an junge Menschen, die eine Förderschule absolviert haben, aber aufgrund von Lernschwierigkeiten oder einer Behinderung für berufsvorbereitende Maßnahmen oder eine Berufsausbildung nicht in Betracht gezogen werden. *Quelle: ZB – Zeitschrift: Behinderte Menschen im Beruf 4.2008*

Von Hartz IV zur Obdachlosigkeit. Einem 53-jährigen Mann ohne Schreib- und Lesekenntnisse aus Greifswald war über mehrere Monate hinweg das Arbeitslosengeld II mit der Begründung vorenthalten worden, er habe die von den Behörden geforderten schriftlichen Bewerbungen nicht erbringen können. Auf diese Weise geriet er in Mietrückstand und verlor schließlich seine Wohnung. Der Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger (ARGE) verschaffte dies den zweifelhaften Ruhm einer Auszeichnung durch die Evangelische Obdachlosenhilfe e.V., von der sie den „Verborgenen Paragrafen“ erhielt, einen Negativpreis für Sozialleistungsträger, die durch eine besonders kritikwürdige Rechtsvollzugspraxis aufgefallen sind. Bislang hat sich die ARGE für ihr Vorgehen nicht entschuldigt. Der Fall verdeutlicht, wie wichtig es wäre, die bestehenden Handlungsspielräume zur Unterstützung von Hilfebedürftigen besser auszuschöpfen. *Quelle: SoVD Zeitung 2.2009*

Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren. Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft. Von Heike Hanhörster und Bettina Reimann. Deutsches Institut für Urbanistik. Selbstverlag. Berlin 2007, 120 S., kostenlos *DZI-D-8420*
 Im Jahr 1999 wurde ein Bund-Länder-Programm ins Leben gerufen, um die Situation benachteiligter Stadtteile durch eine integrative Stadtentwicklungspolitik und ein umfassendes Quartiersmanagement zu verbessern. Dies war auch das Ziel der in den Jahren 2001 bis 2004 in Berlin eingeführten Quartiersjury, die später durch einen Quartiersbeirat ergänzt wurde. Um die vielfältigen Partizipationsansätze und die lokalen Beteiligungsstrukturen zu dokumentieren, hat das Deutsche Institut für Urbanistik nun eine empirische Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse in diesem Abschlussbericht ausführlich dargestellt sind. Sie zeigen das steigende Engagement der Berliner Bevölkerung für den Kiez, was auch für Menschen mit Migrationshintergrund zutrifft. Jedoch müsse die bisherige Arbeit durch Kooperationen mit Moscheevereinen, Bildungseinrichtungen und Migrantenvereinen weiter ausgebaut werden.
 Bestelladresse: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39001-191, Fax: 030/39001-269, E-Mail: reimann@difu.de

► **Gesundheit**

Neues Begutachtungsverfahren im Pflegesystem. Ein vom Bundesgesundheitsministerium eingesetzter 31-köpfiger Beirat hat den Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definiert und die vorherigen drei Pflegestufen auf fünf Bedarfsgrade erweitert. Zudem wird durch ein neues Begutachtungsassessment die Pflegebedürftigkeit nicht mehr wie ursprünglich an der Pflegezeit festgemacht, sondern am Selbstständigkeitsgrad der Betroffenen. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) begrüßt, dass mit dem Ende Januar 2009 an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt übergebenen Abschlussbericht endlich Bewegung in die schon lange dringend erforderliche Anpassung an die Realität der rund 2,2 Mio. Pflegebedürftigen in Deutschland komme. So seien beispielsweise die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz bisher nicht ausreichend beachtet worden. Ein zukunftsfähiger Pflegebegriff müsse alle körperlichen, geistigen und psychischen Einschränkungen berücksichtigen. Laut KDA-Geschäftsführer Michell-Auli kann mit

dem neuen Instrument die Bedarfslage von Pflegebedürftigen umfassend ermittelt werden, um auf dieser Grundlage eine fachlich kompetente Pflegeberatung in den Pflegestützpunkten anzubieten. Die feinere numerische Abstufung ermögliche eine gerechtere Umsetzung von pflegerischer Hilfe in Leistungen der Pflegeversicherung und eine bessere Ausrichtung am individuellen Versorgungsbedarf. Positiv sei auch die Stärkung der Bereiche Prävention und Rehabilitation. Durch das neue Begutachtungsverfahren werde die Pflege insgesamt verbessert. *Quelle: KDA Pressemitteilung vom Januar 2009*

„GSI – das Gesundheits- und Sozialinformationssystem“. Internetbasierte Bereitstellung von Daten und Berichten der Berliner Gesundheitsberichterstattung und des Sozialstatistischen Berichtswesens. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Selbstverlag. Berlin 2007, 82 S., EUR 10,- *DZI-D-8421*

Das von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz entwickelte Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) stellt die Ergebnisse der Berliner Gesundheitsberichterstattung und des Sozialstatistischen Berichtswesens im Internet bereit. Um die Nutzung des Angebots zu erleichtern, erklärt dieser Spezialbericht unterschiedliche Zugriffsverfahren und Suchfunktionen der GSI-Website, die zudem auch im Hinblick auf ihren technischen Aufbau beschrieben wird. Die einzelnen Dokumente sind per Download abrufbar. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel. 030/90 28 12 29, Fax: 030/90 28 13 72, E-Mail: Katja.Koschorreck@senguv.verwalt-berlin.de, Internet: www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/index.html

Eine Beratungsstelle für Hospizarbeit und Palliativversorgung. Das Land Niedersachsen hat im Landkreis Osnabrück eine „Koordinierungs- und Beratungsstelle für Hospizarbeit und Palliativversorgung“ eingerichtet, die dazu beitragen soll, den Aufbau weiterer Initiativen der Hospizarbeit und Palliativversorgung zu unterstützen und die Umsetzung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung als neuer Leistung der gesetzlichen Krankenkassen zu verbessern. Die Beratungsstelle ist unter der Telefonnummer 05 41/5 01 80 00 zu erreichen. *Quelle: Das Krankenhaus 2.2009*

30 Jahre dokumentierte Fachdiskussion 30 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de

► Jugend und Familie

Hartz IV für Kinder. Nach Einschätzung des Bundessozialgerichts (BSG) sind die Hartz-IV-Sätze für Kinder verfassungswidrig, da die Kinder durch die niedrige Bemessung gegenüber ihren Eltern und den Kindern der Sozialhilfeempfängenden benachteiligt würden. Die Kürzung auf 60 % von der Regelleistung für Erwachsene verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Grundgesetz. Eine endgültige Entscheidung obliegt nun dem Bundesverfassungsgericht. *Quelle: SoVD Zeitung 2.2009*

Handbuch Netzwerke der Familienbildung in Rheinland-Pfalz. Von Davina Höblich. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2008, 147 S., kostenlos *DZI-D-8381*

In den Jahren 2005 und 2006 wurde in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Initiative Viva Familia das Modellprojekt „Netzwerk Familienbildung“ durchgeführt. Ziel war es, Familienbildungsstätten zu sozialraumorientierten Netzwerkgestaltenden weiterzuentwickeln und Familienbildungsangebote gezielt für bildungsferne und junge Eltern sowie Familien mit Migrationshintergrund zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollte die Kooperation mit den Jugendämtern und allen familienrelevanten Berufsgruppen und Einrichtungen verbessert werden. Das Handbuch dokumentiert den Verlauf des Projekts und stellt die jeweiligen Ergebnisse vor. Zahlreiche Tipps und Arbeitsmaterialien erleichtern den Aufbau neuer Netzwerke. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16-20 16, E-Mail: bestell.service@masgff.rlp.de, Internet: www.masgff.rlp.de

Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Die Anzahl der Kinder unter drei Jahren, die im März 2008 eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in der öffentlich geförderten Kinderpflege in Anspruch nahmen, ist gegenüber dem Vorjahr um 43 000 Kinder beziehungsweise 13 % angestiegen. So belief sich der Gesamtanteil der Kinder dieser Altersgruppe, die eine Tagesbetreuung in Anspruch nahmen, bundesweit auf fast 18 %. Im Jahr 2007 waren es noch 15,5 %. In den neuen Bundesländern ist die entsprechende Betreuungsquote nach wie vor deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. So lag in Ostdeutschland Sachsen-Anhalt mit 53 % an der Spitze, im westdeutschen Flächenland war es Rheinland-Pfalz mit 15 %. Deutlich höher lagen die Quoten in Berlin mit 41 % und Hamburg mit 23 %. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bildeten mit jeweils 9 % das Schlusslicht. Die Betreuung der unter Dreijährigen erfolgte größtenteils durch Tageseinrichtungen (86 %) und in geringerem Maße durch öffentlich geförderte Tagesmütter und Tagesväter (14 %). *Quelle: Deutscher Städtetag. Mitteilungen 1.2009*

Gesundheits- und Risikoverhalten von Berliner Kindern und Jugendlichen. Gesundheitsberichterstattung Berlin, Spezialbericht: Ergebnisse der HBSC-Studie 2006. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Selbstverlag. Berlin 2008, 171 S., EUR 10,- *DZI-D-8531*

Informationen zum Gesundheitsbewusstsein von Kindern und Jugendlichen sind von besonderem Interesse, da ge-

sundheitsrelevante Gewohnheiten früh erlernt werden und die Prävention in dieser Altersgruppe besonders wichtig ist. Der vorliegende Bericht versteht sich als Ausgangspunkt für eine fundierte Diskussion und basiert auf einer Befragung von Berliner Schülerinnen und Schülern der fünften bis neunten Klassenstufe im Rahmen der Studie Health Behaviour in School-Aged Children (HBSC). Untersucht wurden Bereiche wie Gesundheit und Lebensqualität, Kontakte und Lebenswelt Schule sowie Gesundheits- und Risikoverhalten. Um sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken, sei es empfehlenswert, die Zugangsschwellen zu gesundheitsförderlichen Angeboten für die Altersgruppe so niedrig wie möglich zu gestalten. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-26 60, Fax: 030/90 28-20 67, E-Mail: Gerhard.Meinlschmidt@SenGUV.Berlin.de

Nummer gegen Kummer. Das seit 28 Jahren bestehende anonyme Kinder- und Jugendtelefon „Nummer gegen Kummer“ ist mit 220 000 kostenlosen Beratungen im Jahr 2007 eines der am häufigsten genutzten Beratungsangebote für junge Menschen in Deutschland. Es ist ab sofort unter der Rufnummer 11 61 11 europaweit erreichbar. Jedoch bleibt die bisherige bundeseinheitliche Nummer 0800-111 03 33 weiterhin aktiv. Seit dem Jahr 2003 bietet der Trägerverein Nummer gegen Kummer e.V. unter www.kijuserver.de zusätzlich eine kostenlose Beratung im Internet an. Die telefonischen Beratungszeiten wurden kürzlich aufgrund der erhöhten Nachfrage ausgeweitet. Montags bis samstags stehen den Rat Suchenden von 14 bis 20 Uhr rund 3 000 ausgebildete ehrenamtliche Kräfte zur Seite. Die Arbeit des Vereins wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt. *Quelle: Zivildienst 2.2009*

► Ausbildung und Beruf

Mehr Lehrende mit Migrationshintergrund. Obwohl die Vielfalt in den Berliner Klassenzimmern wächst, sind in den Kollegien Lehrkräfte mit Migrationshintergrund kaum vertreten. Um in Zukunft mehr Abiturientinnen und Abiturienten aus Einwandererfamilien für den Lehrerberuf zu begeistern, erweitert der Berliner Integrationsbeauftragte die seit dem Jahr 2006 laufende Initiative „Berlin braucht Dich“, deren Ziel es ist, junge Leute aus Zuwandererfamilien über Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zu informieren. Wahrgenommen wird diese Aufgabe vom Beruflichen Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN Berlin). Im Rahmen der neuen Lehrerkampagne sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund nun gezielt über diese Berufsperspektiven informiert werden. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vom Januar 2009*

Internetportal für Prüferinnen und Prüfer. Für die über 300 000 Prüfer und Prüferinnen in der beruflichen Aus- und Fortbildung gibt es ab sofort ein neues Informations- und Kommunikationsangebot im Internet: eine im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelte Website (www.prueferportal.org). Sie bietet wichtige Informationen zum Thema Prüfungen, zu den Rechtsgrundlagen des Prüfungswesens und zur aktuellen Rechtsprechung. Es können auch

die Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne für einzelne Berufe abgerufen werden. Das Portal eröffnet künftigen Prüferinnen und Prüfern einen schnellen und umfassenden Einblick in die Arbeit eines Prüfungsausschusses und enthält darüber hinaus ein Forum zum Austausch mit anderen Prüfenden sowie Veranstaltungshinweise und einen elektronischen Newsletter. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung 1.2009*

Berufsbegleitender Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. Dieser an der Hochschule Merseburg in Sachsen-Anhalt neu eingerichtete Masterstudiengang erschließt den ursprünglich für die Psychotherapie entwickelten systemischen Ansatz für das Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit. Der akkreditierte Studiengang ist kostenpflichtig und bietet denjenigen, die bereits über einen Bachelor oder ein Diplom in Sozialarbeit, Sozialpädagogik oder verwandten Berufsfeldern verfügen, die Möglichkeit, in vier Semestern den Grad „Master of Arts“ zu erwerben. Vermittelt werden umfassende theoretische Kenntnisse systemischen Arbeitens sowie praxisbezogene Kompetenzen und Grundhaltungen. Der Abschluss eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst und berechtigt zur Promotion. Studienbeginn ist im Juli 2009, Bewerbungsschluss der 30. April 2009. Weitere Informationen finden sich unter www.systemische-sozialarbeit.de/master.htm *Quelle: Mitteilung der Hochschule Merseburg, Fachbereich soziale Arbeit. Medien.Kultur vom November 2008*

Zertifizierte Weiterbildung Konfliktbewältigung und Gewaltprävention. Die Hochschule Darmstadt bietet in Kooperation mit der Bildungsstätte Alte Schule Anspach und dem hessischen Sozialministerium eine einjährige Weiterbildung für Lehrerinnen, Lehrer und pädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe an. In fünf Modulen lernen die Teilnehmenden, Konflikten professionell zu begegnen, eine eigene Haltung dazu zu entwickeln und Lösungsstrategien zu entwerfen. Auf der Grundlage eines körperorientierten, tiefenpsychologischen und fallbezogenen Zugangs werden im Lehrplan Verfahren des szenischen Spiels mit aktuellen Ansätzen mediativer und konfrontativer Interventionsstrategien kombiniert. Die akkreditierte Fortbildung beginnt im September 2009 und kostet 1800 Euro. Anmeldeschluss ist der 31. Mai 2009, Informationen unter www.h-da.de/weiterbildung/konflikt_und_gewalt

Ausbildung von Gewaltpräventionfachkräften. Von September 2009 bis Juli 2010 bietet die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt die berufsbegleitende Fortbildung „Für die Praxis – Anti-Gewalt-Training“ an. Inhalt sind theoretische Hintergründe sowie praktische Techniken und Methoden im Umgang mit Gewalt. Die Fortbildung, die sich an pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte wendet, dauert von September 2009 bis Juli 2010 und endet mit Erhalt eines Zertifikats. Sie dient der Stärkung persönlicher Kompetenzen und befähigt zur Durchführung von Fachberatungen und Anti-Gewalt-Trainings an Schulen und anderen Einrichtungen. Weitere Auskünfte und Anmeldung: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel. 070 33/52 69-0, E-Mail: info@jugendbildung.org, Internet: www.jugendbildung.org

26.3.2009 Berlin. Veranstaltung: Verbraucherrechte in der Altenpflege. Information: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Straße 2, 12101 Berlin, Tel.: 030/26 07 40 90, E-Mail: stefanie.hartmann@dza.de, Internet: www.dza.de

12.-14.5.2009 Karlsruhe. EREV-Bundesfachtagung: Lernende Jugendhilfe. Information: EREV-Geschäftsstelle, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-13, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de, Internet: www.erev.de

13.5.2009 Bad Neuenahr-Ahrweiler. Fachtagung: Wenn Erfolg süchtig macht – Lifestyle-Drogen im Beruf. Information: AHG Klinik Tönisstein, Hochstraße 25, 53473 Bad Neuenahr-Ahrweiler, Tel.: 026 41/914-0, E-Mail: toenisstein@ahg.de, Internet: www.ahg.de/Toenisstein

18.-20.5.2009 Hamburg-Steilshoop. Fachkongress: Enabling Community. Gemeinsame Sache machen. Information: Evangelische Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Markt 4, 22297 Hamburg, Tel.: 040/50 77 32 87, E-Mail: t.maas@alsterdorf.de, Internet: www.enabling-community.de

20.-23.5.2009 Bielefeld/Sennestadt. Jahrestagung 2009: Armut verpflichtet?! Leben zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und Hilfen der modernen Armenfürsorge. Information: Gilde Soziale Arbeit e.V., Mumsenstraße 14, 22767 Hamburg, Tel.: 040/94 79 32 91, E-Mail: geschaeftsfuehrung@gilde-soziale-arbeit.de, Internet: www.gilde-soziale-arbeit.de

15.-17.6.2009 Heidelberg. 22. Heidelberger Kongress des Fachverbandes Sucht e.V.: Suchtbehandlung passgenau! Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: sucht@sucht.de, Internet: www.sucht.de

20.-21.6.2009 Berlin. Weiterbildung: Einführung Mediation. Grundprinzipien und Übungen. Information: Institut TRIANGEL e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93 28, E-Mail: info@institut-triangel.de, Internet: www.Institut-Triangel.de

25.6.2009 Berlin. Seminar: Stiftungsmanagement – die Grundlagen. Information: Deutsche StiftungsAkademie, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, E-Mail: akademie@stiftun.org, Internet: www.stiftungsakademie.de